

Erscheinend außer Sonntags.
Jahresausgabe des „Vorwärts“ Gesamtpreis für
beide Ausgaben 20 Pf. pro Woche, 3,35 RM. pro Monat
(daron 17 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlbar. Der Betrag 3,07 RM. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbefreiungsgeld.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Blattmeterzelle 30 Pf.
Reklamzelle 2.- RM. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachnummer:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 376. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Hindenburgstr. 3
Fernsprecher: Döbelf. (A 7) 292—297.

Das „Militär-Kabinett“

Taktik und System der „Schleicherei“

Die Mitteilung, daß das Reichswehrministerium dem Eintritt ausgesprochener Nationalsozialisten in die Reichswehr keine Ablehnung mehr entgegenzusetzen werde, hat in den weitesten Kreisen des Volkes nicht nur peinlichstes Aussehen erregt, sondern ruft auch lebhaften Protest hervor.

Diese neueste Maßregel des Wehrministeriums steht in einem schreienden Widerspruch sowohl zu den wiederholten Erklärungen des Reichswehrministers Groener wie zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 8. Dezember und zu den Entscheidungen des Reichsgerichts vom 10. Februar und 30. September 1931. In den erwähnten Erklärungen und Gerichtsentscheidungen ist der staatsfeindliche Charakter der Nationalsozialistischen Partei ausdrücklich betont worden. Und das mit Recht. Allmählich erklären in Hunderten von Versammlungen, Flugschriften und Zeitungsartikeln die Nazis, daß sie, einmal zur Macht gelangt,

Diesen Staat zerstückeln

würden und daß sie auch Träger dieses Staates zur blutigen Verantwortung ziehen wollen. Um den tödlichen Haß gegen den heutigen Staat bis zur Stadesitze und bis zum Brechen gegen den Staat zu steigern, ist den Nazis in Wort und Schrift keine Beschimpfung des heutigen Staates gemein genug. Wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda wurde einigen Reichswehroffizieren der Prozess gemacht und sie wurden aus der Reichswehr entfernt. Jetzt mit einemmal sollen den Nazis die Tore zur Reichswehr offiziell geöffnet werden!

Es handelt sich dabei nicht nur um einen Kurswechsel im Reichswehrministerium selbst, es handelt sich auch um eine Herausforderung gerade der Kreise, die soeben dabei sind, unter persönlichen Opfern und Mühen die Kraft des Staates zur Sicherung der inneren Ordnung und Ruhe zu erhöhen. Dieser Streich des Reichswehrministeriums ist auch spekulativ darauf berechnet, lähmend auf die Bewegung der Eisernen Front zu wirken und, wir nehmen das als sicher an, wenn möglich, die Zwietrachtspfad zwischen die Parteien zu werfen, die bis heute die Existenz des Kabinetts Brünning ermöglicht haben. Es handelt sich also auch um einen

Stoß gegen das Kabinett Brünning.

Als verantwortlicher Redakteur und intellektueller Urheber dieser Leistung ist der Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium, Generalleutnant v. Schleicher, anzusprechen. v. Schleicher ist der allmächtige Mann im Reichswehrministerium, nicht erst seit Groener, er war es schon unter Geßler. v. Schleicher ist der Typ eines politisierenden Büro-Generals, der in ganz seltenen Fällen Karriere gemacht hat. Das Kriegsende sah ihn als Oberleutnant — heute ist er Generalleutnant. Seit seiner Reutnantszeit hat v. Schleicher überhaupt keinen militärischen Frontdienst mehr geleistet; in der Adjutantur und im Bürodienst erschöpfte sich seine Tätigkeit. Plant man im Reichswehrministerium die Stelle eines (dann des vierten) Generals im Range eines Generals der Infanterie zu schaffen, so ist die militärische Laufbahn des Herrn v. Schleicher in nicht allzu fernher Zeit beendet; denn zur Übernahme eines militärischen Kommandos fehlt ihm die Ausbildung. Herr v. Schleicher, dessen Betriebsamkeit eine sehr große ist, scheint nun für die Zeit vorzuzurgen, wo aus Gründen des Anstehens und vielleicht auch des Staats die militärische Bahn ihr Ende erreicht hat. Wenn seit Jahr und Tag gelegentlich immer wieder der Name des Herrn v. Schleicher bald als zukünftiger Reichswehrminister, ja, selbst als Reichskanzler oder als Mitglied eines militärischen Direktors genannt wurde, dürfte Herr v. Schleicher in keinem Falle davon überrascht worden sein. v. Schleicher hat seine Finger in allen Töpfen stecken, die irgendwo für die Reichswehr erreichbar sind, und daß die Reichswehr ihre Finger sehr oft zum Schaden gerade der Außenpolitik auch in die politischen Töpfe steckt, dafür hat Herr v. Schleicher gesorgt. (Wenn Stresemann noch lebte, er könnte interessante Dinge darüber erzählen.)

v. Schleicher ist der Mann der Hatzburger.

Mit ihnen will er in die nächste Zukunft gehen, sie mit ihm. Von Schleicher weiß, daß die durch die Notverordnungspolitik bedingte ohnehin vorhandene Spannung zwischen dem Kanzler und der Sozialdemokratie sich verschärfen muß, wenn der Kanzler die Verwirklichung der republikanisch-demokratischen Volkstreue deckt; von Schleicher weiß, daß die Sozialdemokratie in einen scharfen Gegensatz auch zum Reichswehrminister Groener geraten muß wegen

Rüstungskapital und Faschismus

Schneider-Creuzot subventioniert Hitler

Eine Hauptaufgabe im Kampf der Sozialisten aller Länder gegen Kriegstreiberien und Kriegsgefahr ist die Aufdeckung der internationalen Versippung und der Verschönerungen des Rüstungskapitals. Diese Aufgabe hat sich in der Donnerstagssitzung der französischen Kammer der sozialistische Abgeordnete von Le Creuzot, dem Sitz der Rüstungsfirma Schneider-Creuzot, der Sozialist Paul Faure, unterzogen.

Er hat schon längst auf seiner Versammlungstour durch Deutschland von der Verbindung Schneider-Creuzot mit den tschechoslowakischen Rüstungswerken von Stoda in Pilsen davon gesprochen, daß deutsche Direktoren dieses Werks zu den Geldgebern der Hitlerbewegung gehören. In seiner gestrigen Kammerrede hat Paul Faure dies wiederholt und hinzugefügt, daß auch die bei Schneider-Creuzot beteiligte „Union Européenne Industrielle et Financière“ die Hitlerpartei subventioniert.

Darüber hinaus machte Faure wichtige Mitteilungen über die internationalen kapitalistischen Zusammenhänge der Rüstungsindustrie. Wer bei Creuzot kauft, erhält Kredite in gewünschter Höhe. Mexiko, Südafrika, Rumänien, Polen, die Türkei, Japan und auch Ungarn gehören zu den Beziehern und Schuldnern. So habe der gewesene ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen — der Vorsitzende der U.N. Duesenay hat ihn den „größten Schwindler und Fälscher des Jahrhunderts“ genannt — eine solche Anleihe erhalten, wodurch die ungarische Kreditbank saniert werden sollte, zumal Schneider-Creuzot und die „Banque de l'Union Parisienne“ an ihr beteiligt sind. Ein Vertrauensmann Schneider-Creuzots, der Pariser Bankier Neuffly, gehört dem Aufsichtsrat der Ottomanischen Staatsbank und dem der Argentinischen Hypothekbank an, was in einer großen Waffenlieferung nach Argentinien seine Auswirkung gefunden hat.

Neuffly gehört zusammen mit Krupp der Leistung verschiedener polnischer Untersuchungen an.

Haben Schneider-Creuzot und Krupp in der Vorkriegszeit für Rußland zusammengearbeitet und die Petersburger Putilow-Werke betrieben, so geschähe das gleich heute in Polen. Durch die französisch-japanische Bank liefern Schneider-Creuzot und Stoda

Waffen nach Japan und vielleicht auch nach China. Der jetzige französische Marineminister Dumond ist Aufsichtsratsvorsitzender dieser Bank!

Hier fiel der Budgetminister Pietri mit der Bemerkung ein, Dumond habe „sicherlich“ seinen Posten niedergelegt. Aber Paul Faure war noch nicht am Ende. Er legte der Kammer zwei Ausfuhrerlaubnisse für Schneider-Creuzot vor: die eine für Pulver an die Gewehrfabrik in Leipzig, die zweite für nach größerer Mengen Spezialpulver an Paul Capit in Palmrain bei Lörrach in Baden. In allen drei Fällen sind es geheime französische Kriegspulver, teils für Gewehrpatronen, teils für Artilleriegeschosse. Faure fügte hinzu, daß die nach Leipzig geschickte Pulvermenge zu Patronen für Japan bestimmt sei. Schließlich dankte der Redner noch die beabsichtigte Gewährung einer französischen Anleihe von 3 Milliarden bei an Rumänien auf.

Der größte Teil der Pariser Presse demonstriert seine Abhängigkeit vom Rüstungskapital dadurch, daß er die sensationelle Rede Paul Faures tollschweigt

oder höchstens die nicht mehr ganz aktuellen Stellen abdruckt, die sich auf Schneider-Creuzots Vorkriegsbeziehungen zu dem deutschen Kaiser, dem bulgarischen Zaren und dem türkischen Marineminister — also den Weltkriegsfeinden Frankreichs — erstreckt haben! Allein der sozialistische „Populaire“ bringt diese Rede ausführlich.

Verstaatlichung der Rüstungsindustrie gefordert.

Paris, 12. Februar. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat ihre Abgeordneten Lafont und Renaudel am Donnerstag beauftragt, einen Gesetzesvorschlag einzubringen, in dem die Verstaatlichung der Waffen- und Munitionsfabriken und bis zur Durchführung dieser Maßnahme eine Fabrikationskontrolle verlangt wird. In bezug auf die zur Zeit in der Kammer stattfindende Budgetdebatte wurde beschlossen, möglichst keine Änderungsanträge zu stellen und die Zahl der Redner zu beschränken. Die Fraktion hat sich ferner darüber geeinigt, ihre Opposition gegen die Wahlreformvorlage der Wahlrechtskommission fortzusetzen. Die Abgeordneten Brade und Renaudel sollen während der Debatte einen Gesetzesvorschlag über die Einführung des Frauenstimmrechts einbringen. Schließlich ist der Ge-

der Kapitulation vor den Nazis — Herr v. Schleicher kennt und er will diese Wirkung, um Hitlers und um Hugenburgs willen.

Können und dürfen die Parteien, die bisher das Kabinett Brünning zur Abwendung schwer drohender innen- und außenpolitischer Gefahren gehalten haben, sich die Sabotage und die Quertreiberien gefallen lassen? Wir sagen: Nein! Der Reichswehrangehörige ist zum Schutze der Verfassung verpflichtet durch seinen Dienst. Nimmt man in der Reichswehr ganz ausgesprochen Leute aus einer Partei auf, die täglich diese Verfassung schmähen und ihre Zerschlagung offen propagieren, dann werden diese verfassungsfeindlichen Kreise von Regierung wegen geradezu gefährlich, das Ansehen der Verfassung herabgewürdigt und das Vertrauen zu dem Staat aufs Schwerste geschädigt.

Darum: Fort mit der „Schleicherei“ im Reichswehrministerium! Reichswehrminister Groener hat bei der Übernahme des Amtes in einer programmatischen Rede dargelegt, daß er es als seine besondere Aufgabe betrachte, die

Reichswehr aus der politischen Dreifachlinie

herauszubringen“. Und nun sehen wir in der Praxis an einem eklatanten Fall das genaue Gegenteil. Der General und Reichswehrminister Groener ganz offensichtlich in den Händen des Herrn v. Schleicher, dieses Bildchen hat in der Reihe unerfreulichster Erscheinungen der letzten Zeit gerade noch gefehlt. Dazu kommt noch, daß die Presse der Hatzburger ihre große Freude über den Kurswechsel im Reichswehrministerium gar nicht zu verbergen vermag und daß dieser Tage der Kronprinz mit dem

Reichskanzler Dr. Brüning beim General v. Schleicher gemeinsam getrunken hat. Dieses Frühstück wird gleichfalls hart beachtet, zumal einige Blätter glauben berichten zu können, die Unterhaltung bei diesem Frühstück habe sich vorwiegend um die militärische Erziehung der Jugend gehandelt.

Wie auch aus diesen Nachrichten hervorgeht, bemüht sich General v. Schleicher in hart aufhäutigem und eifrigem Maße, Mittelpunkt des innerpolitischen Geschehens zu werden. Aus den bitteren Erfahrungen heraus wissen wir zur Genüge, daß in Deutschland politisierende Generale noch stets Unheil angerichtet haben. Herr v. Schleicher ist eben mitten in dieser Tätigkeit begriffen, und der Herr Reichskanzler dokumentiert seine Stellung zu der politischen Geschäftigkeit des Reichswehrgenerals durch ein gemeinsames Frühstück mit dem Kronprinzen und dem General!

Georg Schöpflin, M. d. P.

Ausprache mit Groener.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsbanners, Höllermann, hatte gestern gemeinsam mit dem Abg. Lemmer eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Groener über die beliebige Zusammenstellung des Reichsbanners mit den Nationalsozialisten in dem bekannten Groener-Erlaß.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners wird sich außerdem schriftlich an den Reichswehrminister wenden und zugleich eine Unterredung mit dem Reichskanzler nachsuchen, unter dessen politische Verantwortung der Reichswehrelaß fällt.

